

Anfrage 3

Gremium	Termin	Status
Umweltausschuss	27.10.2021	öffentlich

Anfrage Stadtratsfraktion Die Grünen

Anfrage Stadtratsfraktion Die Grünen - Sachstand Mehrwegbecher-Projekt

Vorlage Nr.: 20214169

Stellungnahme der Verwaltung

2019 startete in einem interkommunalen Pilotprojekt der Städte Ludwigshafen, Frankenthal, Neustadt an der Weinstraße und dem Rhein-Pfalz-Kreis die Mehrwegbecherkampagne "Besser bechern – Die Vorderpfalz auf dem Weg zu mehr Mehrweg".

Diese Gebietskörperschaften hatten unter Beteiligung des Umweltministeriums Rheinland-Pfalz einen Runden Tisch mit Kaffeeanbietern aus der Region ins Leben gerufen, um gemeinsam über den Einsatz von Mehrwegbechern zu diskutieren. Das Ziel: Kommunen wollten nicht einfach ein bestimmtes Pfandsystem vorgeben, sondern die Unternehmen mit ins Boot holen. Das wichtigste Ergebnis der Runde: eine gemeinsame Mehrwegbecher-Kampagne, an der sich möglichst viele Kaffeeanbieter beteiligen konnten. Die ersten starteten mit der Einführung von Mehrwegpfandsystemen.

Für das Frühjahr 2020 war dann der Start einer großaufgelegten Kampagne für mehr Mehrweg geplant. Damit sollten Unternehmen für den Einsatz von Mehrweg-Bechern, Mehrweg-Behältnissen aber auch von Mehrweg-Geschirr sensibilisiert und gewonnen werden. Die Corona-Epidemie und die damit verbundenen Hygieneaspekte machten dieser Planung schlagartig ein Ende.

Inzwischen nimmt der Einzelhandel wieder Mehrweg-Behältnisse entgegen, allerdings haben sich die Rahmenbedingungen geändert: Unter anderem besteht ab 1. Januar 2023 nach dem Gesetz¹ die Pflicht, Mehrweg-Behältnisse anzubieten bzw. mitgebrachte Mehrwegbehältnisse zu akzeptieren und darauf hinzuweisen. Restaurants, Bistros und Cafés müssen in Zukunft Mehrwegbehälter für den To-Go-Kaffee und für Take-Away-Essen anbieten. Die Mehrwegvariante darf dabei nicht teurer sein als das Produkt in der Einwegverpackung.

Aufgrund dieser geänderten gesetzlichen Vorgaben sowie weiterer geänderter Rahmenbedingungen in den beteiligten Kommunen befindet sich der Interkommunale Arbeitskreis derzeit in Abstimmung, ob und wie es mit dem Projekt weitergeht.

4-16: Ellen Schlomka, Klimaschutzkoordinatorin

1= „Gesetz über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die hochwertige Verwertung von Verpackungen“ (Verpackungsgesetz) vom 05.07.2017 in Verbindung mit dem „Gesetz zur Umsetzung der Vorgaben der Einwegkunststoffrichtlinie und der Abfallrahmenrichtlinie im Verpackungsgesetz und in den anderen Gesetzen“ vom 09.06.2021